

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.M. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.M. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-297

## Dittmannbroschüre und 20. Ausschuß.

### Jede Mißbilligung abgelehnt.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Kriegslagen hat sich heute in einer Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Bell (Z.) weiterhin mit der Broschüre des Abg. Dittmann (Soz.) beschäftigt, die den Titel führt: „Die Marinejustizmorde und die Admiralsrebellion 1918, dargestellt nach den amtlichen Geheimakten im Auftrage des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (4. Unterausschuß)“. Sämtliche 28 Mitglieder des Ausschusses waren anwesend. Im Verlaufe der zum Teil erregten Debatte wurden Entwürfe gestellt von den Abgg. Berndt (Dnat.) und Genossen, Joos (Z.) und Genossen, und Henning (Völk.) und Genossen. Zur Annahme gelangte der Antrag Joos:

„1. Die Veröffentlichung der Rede des Abg. Dittmann als Broschüre unter dem Titel „Die Marinejustizmorde und die Admiralsrebellion 1918, dargestellt nach den amtlichen Geheimakten im Auftrage des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (4. Unterausschuß)“ ist ohne Vorwissen des 20. (Untersuchungs-) Ausschusses und des 4. Unterausschusses erfolgt.“

2. Der Ausschuß spricht zum Schutze seiner Autorität und des Wertes seiner der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Verlag gegebenen Veröffentlichungen die bestimmte Erwartung aus, daß in Zukunft Sonderveröffentlichungen ohne Beschluß des Ausschusses unterbleiben.“

Ziffer 2 dieses Beschlusses wurde mit 18 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Vertreter der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder gaben sofort die Erklärung ab, daß sie sich trotz dieses Beschlusses alle Rechte, die ihnen nach dem Urheberrecht für Veröffentlichungen zustehen, vorbehalten.

Abg. Bräuninghaus (D. Sp.) und Genossen hat zu dem Antrag Joos den Zusatz beantragt: „Die Art und Weise, in der Abg. Dittmann sein Referat in Form einer Broschüre in die Öffentlichkeit gebracht hat, mißbilligt der Ausschuß.“ Dieser Zusatz wurde mit 16 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Einer Erklärung des Abg. Bräuninghaus, daß er dem Antrage Joos deshalb beigestimmt habe, weil daraus die Mißbilligung des Vorgehens des Abg. Dittmann hervorgehe, auch ohne daß dies ausdrücklich erwähnt sei, wurde von den Vertretern der Demokraten und des Zentrums auf das Bestimmteste widersprochen.

Ein Antrag Berndt (Dnat.) und Genossen, und zwei Anträge Henning (Völk.), die sich auf die zivilrechtliche Seite des Falles bezogen, wurden auf Antrag Joos (Z.) dem Reichstagspräsidenten zur Kenntnisnahme und weiteren Behandlung überwiesen. Für diese Seite der Sache, soweit also ein Schadenerschaftsanspruch des Verlages für Politik und Geschichte in Frage kommen könnte, ist der Vorstand des Reichstags, nicht der 20. Ausschuß, zuständig.

In diesem Zusammenhang wurde von kommunistischer Seite angeregt, das Auswärtige Amt um eine Äußerung zu ersuchen, über die Rechtsstellung der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte und die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an dieser Gesellschaft. Der anwesende Vertreter des Auswärtigen Ausschusses stellte eine Äußerung zu dieser im übrigen vom Ausschuß nicht beschlossenen Anfrage in Aussicht.

## Die Beratung des Reichs-Etats.

### Wie sie war — wie sie sein sollte.

Von Hugo Heimann.

Artikel 85 Absatz 1 der Reichsverfassung lautet: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Rechnungsjahr veranschlagt und in den Haushaltsplan eingestellt werden. Der Haushaltsplan wird vor Beginn des Rechnungsjahres durch ein Gesetz festgestellt.“ Diese Vorschriften sind selbstverständlich. Sowie der deutsche Richter an die Bestimmungen der Gesetze gebunden ist und nicht nach eigenem freien Ermessen Recht sprechen darf, so müßte es ausgeschlossen sein, daß die Regierung öffentliche Gelder verausgaben kann, deren Höhe und Verwendungszweck im Haushaltsplan nicht festgelegt sind.

Die Einnahmen der öffentlichen Körperschaften beruhen in Deutschland bis auf verschwindende Ausnahmen auf Gesetzen, die nicht an eine bestimmte Zeit gebunden sind, sondern fortlaufen, bis sie durch ein neues Gesetz geändert oder aufgehoben werden. Dagegen muß der mutmaßliche Ertrag aus diesen Gesetzen alljährlich neu geschätzt und als Einnahme in den Etat eingestellt werden.

Von den Ausgaben laufen die sogenannten „Persönlichen Ausgaben“ auf Grund der Anstellungs-, Beförderungs- und Pensionsgesetze zum weitaus überwiegenden Teil fort, ohne an das Etatjahr gebunden zu sein. Die sachlichen Verwaltungsausgaben hingegen wie die sonstigen Ausgaben für allgemeine und für besondere Sachzwecke müssen alljährlich im Haushaltsplan neu bewilligt werden. Im Entwurf des Haushaltsplans für 1926, der in Einnahme und Ausgabe mit 7713 Millionen Mark abschließt, entfallen auf die genannten Sachausgaben rund 2 Milliarden Mark.

Wird der Haushaltsplan mit dem Etatgesetz nicht rechtzeitig vor Beginn des betreffenden Etatjahres im Parlament verabschiedet, so liegen für die Einnahmehälfte wie für die verausgabende der öffentlichen Gelder keine die Regierung bindenden Beschlüsse vor. Da unausgesehrt die mannigfaltigsten Ausgaben geleistet werden müssen, erhält die Regierung durch diesen Zustand eine Freiheit, die mit dem Wesen des parlamentarischen Systems vollkommen unvereinbar ist und das Parlament eines seiner wichtigsten Rechte, des Budgetrechts beraubt.

Um eine rechtzeitige Erledigung des Haushaltsplans und des Etatgesetzes zu ermöglichen, muß die Regierung die betreffenden Entwürfe spätestens zu Beginn des neuen Jahres dem Parlament vorlegen, und die Beratung dort muß so gefördert werden, daß sie vor Beginn des neuen Etatsjahres, also vor dem 1. April, abgeschlossen ist.

Es hieße die Augen vor Tatsachen verschließen, wenn man nicht zugeben würde, daß in den ersten Jahren nach dem Krieg und in den Zeiten der Inflation diese Fristen nicht innegehalten werden konnten, und daß insbesondere während der Inflation die Etats nicht viel anderes waren und sein konnten, als Verwaltungsprogramme. Im vorigen Jahre wurde es zum erstenmal seit 1914 wieder möglich, einen vergleichbaren Goldetat aufzustellen. Es war daher begrifflich, daß die Beratung dieses Etats sehr in die Breite ging. Sie wurde im Haushaltsausschuß im Hochsommer 1925, im Plenum Ende Januar 1926 abgeschlossen, d. h. zu einer Zeit, zu der fünf Sechstel des Etatjahres bereits verlossen waren. So bedauerlich das ist, es ist nicht mehr zu ändern. Eine abermalige Verzögerung der rechtzeitigen Verabschiedung des Etats müßte aber ausgeschlossen sein. Die Regierung hat mit Schreiben vom 8. Januar 1926 den vom Reichsrat verabschiedeten Entwurf dem Reichstag zugehen lassen. Jetzt ist es die Aufgabe des Parlaments, mit Energie, unter Beiseiteziehung aller anderen Rücksichten die Beratung bis Ende März zum Abschluß zu bringen und so der deutschen Öffentlichkeit wie dem Auslande zu zeigen, daß der deutsche Reichstag nur unter dem Zwang von Umständen, die stärker waren als er, die Reichshaushaltspläne in den letzten Jahren nicht rechtzeitig fertiggestellt hat.

Es ist klar, daß geordnete verfassungsmäßige Zustände nicht ohne scharfe Eingriffe in die im Laufe der letzten Zeit eingeriffene Uebung herbeigeführt werden können. Eingriffe, die von dem einen vielleicht als große persönliche Unbequemlichkeit, von dem andern als Beeinträchtigung der ihm zustehenden Redefreiheit angesehen werden. Solchen Bedenken darf keine Rechnung getragen werden. Die epische Breite, mit der bei den Etatberatungen über alles und jedes gesprochen wurde — jedes öffentliche Geschehen ist schließlich mit Wichtigkeit in Beziehung zum Haushalt zu bringen — hebt nicht das Ansehen des Parlaments, sondern schädigt es. Und wenn nun gar die Etatberatungen noch zu einer Zeit geführt werden, in der das betreffende Etatjahr bereits längst begonnen hat oder schon nahezu abgelaufen ist, so werden sie zu einer Farce und das Parlament steht vor Tatsachen, an denen auch die schönsten und längsten Reden nichts mehr ändern können.

Auch die Oppositionsparteien, insbesondere die Sozialdemokratie können diesen Standpunkt einnehmen. Je höher und gefestigter die Stellung des Parlaments in der öffentlichen Meinung ist, je größere Beachtung seine Beschlüsse allgemein finden, um so größere Bedeutung wird allen Reden und Anträgen, insbesondere auch denen der Opposition zugewiesen werden. Wenn aber jeder weiß, Reden und Anträge können kaum noch etwas erreichen, da sie durch den Lauf der

## Fehrenbach wiederholt Luther.

### Erklärung der Mittelparteien im Reichstag. — Hermann Müller spricht.

Die Sitzung wird um 1 1/2 Uhr von Präsident Lobe eröffnet. Das Haus ist wiederum sehr gut besucht, wenn auch nicht so stark, wie während der gestrigen Sitzung. Die Plätze der Minister sind bei Beginn noch leer, die Kabinettsmitglieder erscheinen erst etwas später.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärung in Verbindung mit dem deutsch-nationalen Antrag über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Außerdem wird beschlossen, einen völkischen Antrag, die deutschen Zahlungen aus dem Dawes-Plan in anbeacht der wirtschaftlichen Notlage des deutschen Volkes bis auf weiteres einzustellen, mitzuverhandeln.

Das Wort nimmt nunmehr Abg. Fehrenbach (Z.), um im Namen der hinter der Regierung stehenden Parteien eine Erklärung abzugeben. Es heißt darin, daß sich die Regierungsparteien der Größe der von ihnen übernommenen Verantwortung wohl bewußt seien. Nachdem aber die Bemühungen um die Schaffung einer Reichsregierung zu scheitern drohten, habe es sich vor allem darum gehandelt, endlich eine verfassungsmäßige Regierung zustande zu bringen, die den Kampf gegen Volksnot und Wirtschaftskrise aufzunehmen gewillt sei.

Die Regierungsparteien seien gesonnen, die Bemühungen der Regierung, die Außenpolitik auf der Grundlage der Londoner Beschlüsse weiter zu führen und mit den anderen Völkern zusammenzuarbeiten, zu unterstützen. Ueber die noch nicht entschiedenen deutschen Forderungen, eine Erweiterung der Rückwirkungen zu erreichen, müsse verhandelt werden; es habe die Regierungsparteien mit Genugtuung erfüllt, daß die Reichsregierung Verhandlungen zu diesem Zwecke eingeleitet habe, um zu einer befriedigenden Lösung zu kommen.

In den innerpolitischen Fragen seien die vier Parteien mit der Erklärung der Regierung einverstanden. Sie seien sich dessen bewußt, daß die dem deutschen Volke auferlegten Lasten die freie Entwicklung der Wirtschaftskraft aufs schwerste gefährden. Deshalb seien alle Bemühungen zu begrüßen, die die Wälder auf wirtschaftlichem Gebiete zum Zusammenarbeiten zu bringen.

Während Herr Fehrenbach seine Erklärung verlas, herrschte im Saal so große Unachtsamkeit, daß der Präsident wiederholt um Ruhe ersuchen mußte.

Mit einem Schlag wurde es jedoch still, als Genosse Hermann Müller für die Sozialdemokratische Partei das Wort nahm. Jedermann weiß, was für die Existenz dieses Kabinetts von der Haltung der Sozialdemokratischen Partei abhängt. Daher die gespannte Aufmerksamkeit.

Genosse Müller beginnt mit der Feststellung, daß die soeben verlesene Erklärung der Mittelparteien

nicht mehr Klarheit gebracht habe als die gestrige Kanzlerrede, von der sie nur eine vorläufige Umschreibung gewesen sei. Darum sei es notwendig, bessere Aufklärung über die wirklichen Absichten der Regierung zu schaffen.

Als die Regierung zustande kam, wurde sie von der gesamten Reichspressen als ein Linkskabinet bezeichnet. Vom Geist der Linken sei aber in dem Programm der neuen Regierung nicht das mindeste zu verspüren gewesen.

(Bei Schluß des Blattes spricht der Redner fort.)

Die franko-russischen Verhandlungen. Die französische Regierung hat die Mitglieder der zur Führung der Verhandlungen mit Rußland bestimmten Kommission ernannt. Den Vorsitz wird der Minister der öffentlichen Arbeiten de Monzie führen. Vizepräsidenten der Kommission sind Senator Dauzet und Abgeordneter Dalbiez.

## Vertagung der Kleinen Entente-Konferenz.

### Wegen der Anerkennung der Sowjetunion durch die Tschechoslowakei.

Aus Belgrad, der Hauptstadt Jugoslawiens, wird gemeldet, der rumänische Botschafter habe beim Außenminister Rintchitsch um die Vertagung der Konferenz der Kleinen Entente am 18. Februar ersucht. In diesem Tage sünden die rumänischen Gemeindegewählten statt; Außenminister Duca wolle keine Auslandsreise unternehmen.

Die Begründung, mit der Rumänien die Vertagung der Konferenz mit der Tschechoslowakei und mit Jugoslawien fordert, ist nur ein Vorwand. Niemand wird glauben, daß wegen Gemeindegewahlen der Außenminister eines Landes eine Auslandsreise nicht unternehmen wolle. Indem die rumänische Regierung innerpolitische Gründe angab, wollte sie, um nicht unnötig zu verlegen, sich der Angabe der außenpolitischen Ursache enthalten.

Es ist die verschiedenartige Stellungnahme zur Sowjetunion, die diesmal die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt der Kleinen Entente gefährdet hat. Die Tschechoslowakei wird, nachdem der gefühlsmäßige Widerstand namentlich der Nationaldemokraten gegen den Bolschewismus zusammengebrochen ist, in aller nächster Frist, voraussichtlich noch vor dem Zusammentreten des Parlaments, die Sowjetunion anerkennen. Sie verläßt damit die Abwehrfront, die die Kleine Entente bisher der Sowjetunion gegenüber unter dem Einfluß Rumäniens bildete. Rumänien hat das von einer starken russischen Bevölkerung durchsetzte Bessarabien sich einverleibt. Nun schließt jede Anerkennung einer anderen Regierung eine gewisse Anerkennung des Bestandes dieser Regierung in sich. Rumänien ist von der Sowjetunion nicht anerkannt. Es besteht überhaupt keine diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten miteinander. Durch die Kleine Entente hätte Rumänien nun bisher erreicht, daß Jugoslawien und die Tschechoslowakei nicht nur Ungarn und Deutschösterreich, sondern auch der Sowjetunion gegenüber auf seiner Seite standen. Durch ihre politische Zusammenarbeit mit Rumänien hatten beide Staaten deutlich befunden, daß sie die Ansprüche der Sowjetunion auf Bessarabien für ungerühmterig hielten und Rumänien gegen seinen großen Nachbar unterstützen. Die Erklärung der rumänischen Regierung, daß sie nicht in der Lage sei, an dem festgesetzten Termin an der Konferenz mit seinen bisherigen Bundesgenossen teilzunehmen, zeigt, wie peinlich ihr die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei ist.

Wie sehr aber die tschechische Anerkennung der Sowjetunion geeignet ist, die Kleine Entente zu lockern und die Staatengruppierung im Südosten Europas in Fluß zu bringen, zeigt eine Wiener Meldung, nach der nunmehr Rumänien und Polen den Zeitpunkt für gekommen halten, ihre Beziehungen in der Form eines Bündnisses zu befestigen. Zugleich scheint die polnische Regierung nicht nur aus der Lockerung der Kleinen Entente gegenüber Rumänien Nutzen zu ziehen, sondern auch noch ehrgeizige Pläne auf dem ganzen Balkan verfolgen zu wollen. Jedenfalls hat sie ihre Besandten bei den Balkanstaaten zu einer Konferenz nach Warschau einberufen, „um die Grundlinien der polnischen Balkanpolitik festzulegen“. So rückt die Wendung der Tschechoslowakei zur Sowjetunion hin das südslawische Staatenproblem auf. Es ist nun die Frage, ob daraus ein Zerfall oder eine Vergrößerung der Kleinen Entente, durch die Angliederung Polens, entsteht.

Lordieu kehrt zurück. Lordieu, einer der Mitarbeiter Clemenceaus, der nach seiner Niederlage in den Wahlen vom 11. Mai 1924 sich völlig vom politischen Leben zurückgezogen hatte, und das von ihm herausgegebene Blatt „Echo National“ hatte eingeh. lassen, kündigt seine Absicht an, demnächst wieder in die politische Arena zurückzukehren. Er hat die ihm im Wahlkreis Belfort angebotene Kandidatur einer Ergänzungswahl angenommen.



Dinge überholt sind, finden alle gehaltenen Reden und alle gestellten Anträge außerhalb des engeren Kreises der Parteigenossen nicht das Echo, das sie sonst wohl finden würden.

Die Beratungen im Haushaltsausschuß haben sich allmählich zu einer Art Generalprobe für die zweite Lesung des Etats im Plenum entwickelt, auf der in gar nicht seltenen Fällen von denselben Rednern die gleichen Reden gehalten werden. Sie sollten in erster Reihe aber dem Zweck dienen, den Etat in allen seinen Verzweigungen zu durchleuchten, durch Fragen an die Regierung Aufklärung über strittige Etatsfragen und Verwaltungsmaßnahmen zu erhalten, um so den Redner zu befähigen, im Plenum unter voller Beherrschung des Materials Stellung zu nehmen und seine Ausführungen zu machen. Es bedeutet auch einen nicht nur überflüssigen, sondern schädlichen Aufwand von Zeit und Kraft, daß Angelegenheiten, für deren Durchberatung besondere, mit sachkundigen Mitgliedern besetzte Ausschüsse bestehen, bei Gelegenheit der einschlägigen Etatspositionen wiederum mit großer Breite behandelt werden.

Das Parlament muß sich klar darüber sein, daß, soll eine Aenderung der in den letzten Jahren eingetretenen Übung stattfinden, mit halben Maßnahmen nichts zu erreichen ist. Ob die Verabschiedung des Etats innerhalb der ersten Hälfte oder, wie dieses Mal, gegen Schluß des laufenden Etatsjahres erfolgt, ist schließlich nur ein Unterschied im Grad, nicht in der Sache. In England und Frankreich betrachtet man es als selbstverständlich, daß rechtzeitig vor Beginn des neuen Etatsjahres in den Etatsbeschlüssen feste, nicht überschreitbare Richtlinien für die Verwaltung aufgestellt sind. Deutschland muß solchem Beispiel folgen!

## Luther in der Schwebe.

### Schlechter Anfang — schlechte Presse.

Er hat keine gute Presse, der neue Reichskanzler Luther. Nicht einmal bei den Regierungsparteien, geschweige denn bei der Opposition. In gespannter politischer Situation lassen sich die brennenden Fragen nicht mit den Methoden kommunalpolitischen Ausgleichs lösen.

Zunächst die Presse der Regierungsparteien. Die „Bosnische Zeitung“ verzeichnet, daß die Zurückhaltung und Unbestimmtheit der Regierungserklärung über den Eintritt in den Völkerbund keine sympathischen Gefühle auf der Linken ausgelöst habe, und sagt dem Kanzler die folgenden Wahrheiten:

Schon, daß er sich am Beginn seiner Ausführungen über die innere Politik auf seine Erklärung vom 19. Januar 1925 berief, war zumindest eine Ungeschicklichkeit, die man Dr. Luther nicht zugetraut hätte. Was er damals über die Staatsform und die Verfassung gesagt hat, war im ganzen zweifellos korrekt. Der Chef einer Regierung, in der die Deutschnationalen eine ausschlaggebende Rolle spielen, konnte vielleicht glauben, über die Grenzen der Korrektheit nicht hinausgehen zu können. Aber das Kabinett, an dessen Spitze Dr. Luther jetzt steht, ist nicht ein deutschnationales Kabinett. Es soll von den Deutschnationalen unabhängig sein. Es sind zwei Parteien in ihm vertreten, denen die Republik Wesen und nicht nur Form ist. Von dem Kanzler dieser Regierung dürfte man mehr als korrekte Äußerungen, dürfte man herzliches Bekenntnis zur Weimarer Verfassung und zur republikanischen Staatsform fordern. Ist es bloß Ungeschicklichkeit, die Dr. Luther veranlaßte, sich für die innere Politik auf seine Vergangenheit als Kanzler eines Rechtskabinetts zu berufen, hat er sich wirklich nur die Formulierung einiger neuer Sätze ersparen wollen, trotzdem er doch mehrere Tage Zeit für die Ausarbeitung seiner Rede gehabt hat? Oder glaubte Dr. Luther, die Deutschnationalen würden es freundlich anmerken, wenn sie aus dieser Berufung auf die Vergangenheit herauslesen könnten, daß sich an der Einstellung zur inneren Politik nicht viel ändern sollte?

## Der Abschiedsbrief.

Von Hans Bauer.

Als der Matrose Reichpietsch zum Tode verurteilt worden war, schrieb er einen schmerzvoll-wehmütigen Brief an seine Eltern, in dem er sie bat, den Prediger der geistlichen Gemeinde, der er angehört: der Baptisten-Gemeinde, zu bitten, daß er für ihn ein Gnadengesuch einreiche. Es läßt sich vorstellen, wie stark dem Matrosen Reichpietsch das Schicksal dieses Briefes auf der Seele brannte. Er wird sich ausgerechnet haben: heute vormittag geht der Brief ab, heute nachmittag liegt er der Justizstelle vor. Morgen nimmt ihn der Briefträger aus dem Kasten. Uebermorgen haben ihn die Eltern. Die Eltern eilen zum Prediger. Der Prediger setzt sich sogleich hin und schreibt das Gnadengesuch nieder. Ueberübermorgen ist es bei dem Justizrat. Vielleicht . . . vielleicht hat es Erfolg. Vielleicht . . . vielleicht spielt es die Rolle jenes kleinen Gewichts, das den Ausschlag gibt, das in einem verhärteten, zwischen blutig grauer und zwischen harter Bestrafung schwankenden Herzen langsam die Waagschale nach der Seite der bloß harten Bestrafung lenkt. Vielleicht . . .

Der Matrose Reichpietsch wartete. Er wartete vergebens. Sein Abschiedsbrief blieb ohne Antwort. Das Echo auf seinen Ruf blieb aus. Eine Woche später wurde er nach dem Schießplatz Bahn bei Köln geführt und erschossen. Vielleicht begrub er den allerletzten Schimmer seiner Hoffnung, die er auf den Brief gesetzt hatte, erst, als die Schüsse trafen.

Mit dem Brief war inzwischen etwas Seltsames geschehen. Er war dem Kriegsgerichtsrat Breit zum Zwecke der Jenjurierung vorgelegt worden. Da er keine militärischen Geheimnisse, sondern nur das schwere Herzleid eines hoffnungsarm und traurig gewordenen Menschenkinde verriet, wäre gegen seine Weiterleitung nichts einzuwenden gewesen. Aber wie das so ist: solch ein Delinquent denkt natürlich, daß die Behörden an nichts anderes als an seinen Brief zu denken haben. Du lieber Gott: Behörden, militärische Behörden noch dazu, hatten damals Wichtigeres zu tun. Sie hatten die Stimmung im Lande hochzuhalten, den Enthüllungen nachzugehen, die der Matrose Calmus gemacht hatte, sich an den Kriegsberichten des „Lokal-Anzeigers“ zu erbauen. Dazu dürfte noch Persönliches gekommen sein. Vielleicht hatte dem Vater der Jenjurbehörde das Mittagessen nicht geschmeckt und ihn arbeitsunfähig gemacht. Jedenfalls wurde der Brief des Reichpietsch „versehenlich“ unter andere Papiere gemischt. Ein Versehen. Gemisch, nur dies. Es ist aufs Wort zu glauben, daß nicht ein moralischer Defekt, sondern nur eine technische Versäumnis die Ursache der verspäteten Abschickung wurde. Der Kriegsgerichtsrat hatte sich nichts dabei gedacht, als er den Brief wenig sorgfältig behandelte. Dieser Brief war mit Herzblut geschrieben gewesen und enthielt einen Todeswunsch. Aber doch nur für Reichpietsch. Für den Kriegsgerichtsrat war er lediglich ein

Allerdings! Das „Berliner Tageblatt“ findet, Herr Luther habe ein bißchen wenig über den Völkerbund gesagt, und fragt zweifelnd, ob es ihm gelingen werde, sich durchzusetzen?

Zweifel kennzeichnet auch die Stimmung der „Germania“, die Herrn Luther entschuldigt:

„Billigerweise muß man sich damit begnügen, daß der Reichskanzler die Regierungsaufgaben nur in Umrissen zeichnet. Behutsam mußten die Probleme angepaßt werden und Schwung und Klangfarbe kann man nicht gut in einer Situation verlangen, die politisch und wirtschaftlich gleich unsicher ist und durch zuviel Schwung allzu leicht aus dem Gleichgewicht gebracht werden könnte. Der Reichskanzler sprach also kurz, sachlich und wenn man will, farblos . . . Fragt sich nur, mit welchem parlamentarischen Ausgang. Die gestrige erste Probe aufs Exempel war nicht gerade ermutigend.“

Die „Tägliche Rundschau“ endlich, zu 30 Proz. Regierungspartei, zu 70 Proz. deutschnationale Opposition, ist eiskalt und skeptisch.

Das Urteil der Opposition von rechts ist schroff ablehnend: „matt und lustlos“ („Lokalanzeiger“); „ausweichend und nichtssagend“ („Kreuzzeitung“); „armer Luther!“ („Tag“); „abhängig vom Zufall“ („Deutsche Zeitung“); „die Simonade ist matt . . .“ („Deutsche Tageszeitung“).

Mit dünnen Worten versichert die „Deutsche Tageszeitung“ Herrn Luther, er sei nicht mehr der, der er vor einem Jahre war, er habe abgewirtschaftet.

„Die Simonade ist matt . . . wie Deine Seele! Dieser zweite Teil des Etats enthält die für die Regierung unangenehmere Waage. Denn es ist schon so: die Schwäche der Regierungserklärung ist das Abbild der Schwäche dieser Regierung selbst.“

Herr Luther wird sich zu etwas genauerer Kursbestimmung bequemen müssen, wenn er vom Start fortkommen will. Schlechte Presse, schlechter Anfang!

## Kronzeuge Calmus.

### Die Admiralspresse hält an ihm fest.

Der frühere Gerichtsschreiber des ersten Geschwaders, Billi Riemöller, hat für die Oldenburger „Nachrichten für Stadt und Land“ einen Artikel über den Fall Calmus geschrieben, den T. U. verbreitet und den die „Tägliche Rundschau“ abdruckt. Herr Riemöller erzählt:

Calmus sah im Untersuchungsgefängnis des Kommandogerichts Wilhelmshaven. Bei einer Vernehmung wurde ihm neues belastendes Material vorgehalten. Plötzlich erklärte Calmus: „Herr Kriegsgerichtsrat! Ich weiß, daß ich um meinen Kopf rede. Ich will trotzdem ein volles Geständnis ablegen. Alles hat mich verraten und beschuldigt in schwerster Weise.“ Dann kam das Geständnis. Calmus bot das erschütternde Bild eines Mannes, der endlich eingesehen hat, wie verblendet er war, als er im Begriff stand, sich in schwerster Weise an seinem Vaterlande zu vergehen. Es war kein frei erfundenes Geständnis, sondern die Beichte eines Menschen, der mit sich selbst abgeschlossen hatte. Keine Drohungen von Seiten des Kriegsgerichtsrats besah, kein Herauspressen von Aussagen gegen die Abgeordneten, sondern nur ein gespanntes Zuhören des Kriegsgerichtsrats und meinerseits. Lautlose Stille, nur vor Zeit zu Zeit durch das Geklapper der Schreibmaschine unterbrochen, um das Geständnis schriftlich festzuhalten. So kam das Geständnis, nicht ein frei erfundenes, sondern ein freiwilliges, durchaus glaubwürdiges.

Calmus behauptete bekanntlich, am 2. August 1917 in Berlin eine Unterredung mit Dittmann, Ledebour und drei mitverschworenen Offizieren in Uniform gehabt zu haben, die folgendermaßen verlief:

Mit der Hand auf der Klinge des Offiziersdegens habe er dann sein Ehrenwort abgeben müssen. Dann habe Dittmann aus einer Ledermappe allerlei Papiere hervorgeholt, einer der Offiziere habe ihm zu seinem Schutze einen Revolver gegeben. Darauf habe Ditt-

mann an Hand der Papiere, die in englischer, französischer und russischer Sprache geschrieben gewesen seien, nochmals eingehend den Plan der Marineoffizierschwörung erörtert. Schließlich habe Dittmann ihm 5000 Mark in Banknoten oder Gold versprochen, wenn er bis Ende August die Unterschriften der Mannschaften von den Schiffen des ersten Geschwaders einschlösse und die Organisation an Bord in die Hand nehmen würde. Einer der Offiziere habe dabei mit Geld in einem Lederbeutel geklopert. Neben dem Beutel habe ein Haufen deutsches und amerikanisches Goldgeld gelegen. Dittmann habe weiter gesagt, er habe noch eine Extrasache für ihn und habe ihm dann den Plan entwickelt, bei der nächsten Anwesenheit des Kaisers in Wilhelmshaven ein Attentat auf den Kaiser mittels einer Höllenmaschine zu verüben. Dittmann habe ihm 10 000 Mark Handgeld, nach Gelingen des Attentats das Zehnfache versprochen. Während Dittmann gesprochen, hätten die Offiziere Goldgeld in Säulen aufgebaut, und Ledebour habe ihn mit dem Finger darauf aufmerksam gemacht. Er sei plötzlich erregt aufgesprungen und habe mit gezogenem Revolver die Anwesenden aufgefordert, die Hände auf die Stuhllehnen zu legen und den Attentatsplan zu zerreißten. Erschreckt sei man dieser Aufforderung nachgekommen.

Wenn diese Aussage als „glaubwürdig“ bezeichnet wird, so ist das so blödsinnig, daß man nicht einmal mehr darüber lachen kann. Aber die Geschichte ist nicht nur blödsinnig, sondern auch insam. Die „Tägliche Rundschau“ hat bis heute von dem „Geständnis“, das sie als „glaubwürdig“ hinstellt, kein Wort ihren Lesern mitgeteilt! Die erfahren nur, daß Calmus ein „Geständnis“ abgelegt hat, das die unabhängigen Abgeordneten belastet und daß dieses Geständnis „durchaus glaubwürdig“ ist. Trotzdem doch mindestens heute feststeht, was das Gericht damals zu ermitteln nicht für nötig fand, daß sowohl Ledebour wie Dittmann am 2. August 1917 in Stockholm waren!

Die Methoden der Admiralspresse sind genau dieselben wie die der Admiralsgerichte. Das sind die Methoden, mit denen man die Deffenlichkeit aufhört und Todesurteile zustande bringt.

## „B. Z.“ und „Vorwärts“.

### Zur Steuer der Wahrheit.

Die demokratische Presse ist seit einiger Zeit sehr ungnädig gegen die Sozialdemokratische Partei. Da wir den Kampf gegen die Reaktion und für die dringenden sozialpolitischen Forderungen der Massen für wichtiger halten als ein rechtshaberisches Pressegezeck um die Große Koalition, haben wir dazu geschwiegen. Nicht schweigen können wir aber, wenn die „B. Z.“ ihren Lesern folgende Unwahrheiten vorsetzt:

Als die „B. Z.“ als erstes Blatt die Frage eines Volksentscheids aufwarf, brachte der „Vorwärts“ als erstes Blatt ein „Dementi“, und dann haben die Sozialdemokraten ein paar Wochen lang zu beweisen gesucht, daß ein Volksentscheid weder angebracht noch möglich sei . . .

Dazu ist zu bemerken: Die „B. Z.“ hat nicht als erste die Frage des Volksentscheids aufgeworfen, sondern sie hat aus vertraulichen Erörterungen, die über diese Frage in der Sozialdemokratischen Partei Schwaben, in sensationeller und irreführender Weise Mittelungen gemacht. Dadurch wurde die öffentliche Fortführung der vertraulichen Diskussion notwendig, und dabei mußte auch auf die Schwierigkeiten eines Volksentscheids hingewiesen werden. Daß der Volksentscheid „weder angebracht noch möglich sei“, ist dabei niemals gesagt worden.

An der Behauptung der „B. Z.“ ist also jedes Wort eine Unwahrheit.

Die diesjährige Tagung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes. Die Bundestagung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes wird vom 12. bis 14. Juni 1926 unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Seebe in Frankfurt a. M. stattfinden.

zu begutachtendes Schreibstück. Als Reichpietschs Mutter davon erfuhr, daß ihrem Kinde das Herz so schwer sei, da war es schon nicht mehr schwer, außer von der Erde, die auf ihm ruhte. Zur Zeit, da man den Brief an den Empfänger beförderte, da hatte man den Absender schon ins Jenseits befördert.

Wir wollen geteilt sein. Wie gewisse Truppenkommandeure während des Weltkrieges die volle Wucht der Verantwortung für sinnlose Befehle, die Laufenden unnütz das Leben gekostet hatten, in Gestalt der Verurteilung zu einem anderen Truppenteil zu spüren bekamen, so wurde auch der Kriegsgerichtsrat für seine Unkorrektheit zur Rechenschaft gezogen: er bekam eine Kugel erteilt. Aber mit so etwas hatte man nun einmal zu rechnen, wenn man das lumpige letzte Lebenszeichen eines Auftrüblers nicht weiterleitete, und man mußte schon zu dem erlauchteren Kreis seiner Justizbrüder gehören, wenn man für seinen Dreckum völlig straffrei bleiben wollte.

Quecksilber-Gold-Silber. Der japanische Chemiker Ragaoka hat mit besonderen Mitteln die Versuche Reiches über die Umwandlung von Quecksilber in Gold nachgeprüft. Sein Ergebnis ist für den Berliner Gelehrten nicht so ungünstig, wie das der amerikanischen Nachprüfungen, über die wir berichteten. Ragaokas Versuche hatten, den „Naturwissenschaften“ zufolge, ursprünglich das Ziel, die radioaktiven Umwandlungen zu beschleunigen und künstlich den Zerfall von nichtradioaktiven Atomen durch elektrische Felder von äußerster Intensität hervorgerufen. Die ungeheuren elektrischen Felder, die der japanische Forscher auf Quecksilber wirken ließ und zwar auf eine Quecksilberelektrode, die von Paraffinöl oder Transformatoröl überdeckt ist, hatten zur Folge, daß sich das Quecksilber teilweise in Gold und in ein weiches Metall umwandelt, das zum größten Teil aus Silber zu bestehen scheint. Das Quecksilber war für diesen Versuch drei- oder viermal durch Vakuumdestillation unterhalb von 200 Grad gereinigt. Ran hat aufs Sorgfältigste mit allen bei dem Versuch anwesenden Stoffen Kontrollversuche gemacht. Die schwarze pastenartige Masse, die bei der Entladung entsteht, wurde durch chemische Mittel unterzucht und durch Bildung von Rubinogen als goldhaltig erwiesen. Das Mikroskop zeigte die Anwesenheit von Gold in Form kleiner Teilchen und hauptsächlich in kollodalem Zustand. Silber erhält man hauptsächlich, wenn man die Entladung durch Quecksilbertransparenzen geben läßt, die in das Öl fallen. Die gleichzeitige Umwandlung von Quecksilber in Silber und in Gold, wie sie Ragaoka unter Anwendung stärkster elektrischer Energien festgestellt hat, scheint eine große Bedeutung zu haben.

„Der Blaue Vogel“ ist von seinem Wanderguge zurückgekehrt und hat sich in der „Komödie“ niedergelassen. Dieses entäuerte Vogelbauer paßt zu seinem bunten Gesieder und melodischen Gesänge aufs allerbeste. Freilich „Der Blaue Vogel“ ist ein Nachtvogel, erst um 11 1/2 Uhr wird er lebendig, wenn brave Leute schlafen gehen. Dieses russische Kabarett, das in Berlin gegründet wurde und inzwischen die halbe Welt bereist hat, ist immer noch eine sehr prächtige, heitere, die Sinne umschmeichelnde Angelegenheit. (Zuerst war es nur eine Offenbarung des kunstgenießlichen russischen ancien régime.) Wie hier Volkslieder in farblich rauschende Bilder, Balladen

und romantische Szenen in höchst geschmackvolle lebende Gruppen umgekehrt werden, bleibt immer erfreulich, auch wenn man mit der Zeit das Artifizielle, nur Dekorative und Zeitfremde härter bemerkt. Der Direktor Zuhng, der sein Publikum auf seine Art als Anjager — „was soll ich neues sagen“ — unterhält, hat aus fünf Programmen das Beste zusammengestellt. Und so erneuert man gerne die Bekanntschaft mit dem „König und Lombard“, den ulkigen Zwergen, den originell ausgemachten Kostümen oder der reizenden Szene: Dame, Kutscher und Amor. Die groteske Rote Katze an im „Dihello“ und die sentimentale im Beiertasten. Von der Reinheit des Gesanges und der Röstlichkeit des Orchesters kein Wort: sie sind über alles Lob erhaben.

Der Mensch vor 30 000 Jahren. In dem am Ausgange des Geschwaders gelegenen märkischen Dorf Predmost bei Prerou wurde ein aus der Urzeit stammendes Familiengrab aufgefunden, das vielleicht der älteste aller dieser Funde ist. Das Grab ist den Archäologen seit langem als ergiebige Fundstätte von prähistorischen Tierknochen bekannt und ein dankbares Studienfeld für die wissenschaftliche Forschung, der mit der Auffindung des Familiengraves jetzt eine seit langem nicht erlebte Sensation beschieden worden ist. Es enthält zwanzig menschliche Skelette, von denen sich einige in tadellosem Zustand befinden. Die kreisrunde Anordnung der Leichen im Grabe läßt erkennen, mit welcher Sorgfalt man die Toten beiseite hat. Neben den Menschenknochen befinden sich Reste von riesigen Schälentieren; im Umkreis sind Waffen und Geräte aus Stein und Knochen verstreut, die die Vielart der Hinterbliebenen den verstorbenen Anaherigen mit ins Grab gegeben hat. Es handelt sich hier um das erste wirkliche Familiengrab, das auf eine Zeitperiode zurückweist, die chronologisch zwar nicht genau bestimmbar ist, die mit aller Wahrscheinlichkeit aber 20 000 bis 30 000 Jahre zurückliegt.

Die aus Knochen gearbeiteten Geräte lassen erkennen, daß die Menschen der Vorzeit Felle trugen und Dornen zur Befestigung der primitiven Kleider benutzten, daß sie also schon Urbegriffe der Zivilisation kannten. Unerleuchtet besteht in der Frage der Zeit. Professor Abalon vom Museum in Brünn, der glückliche Entdecker des Fundes, spricht von einer Zeit, die 20 000 Jahre zurückliegt; aber die nordamerikanischen Archäologen, die zur Befestigung und zum Studium des Fundes in Predmost eingetroffen sind, nehmen eine noch weiter zurückliegende Zeit an. Man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß es sich bei den Toten um Mitglieder der ersten Familien handelt, die sich in dem heutigen Böhmen niederließen, und zwar in einer Zeit, die sie dem Schrecken der Riesensäugetiere und dem nicht geringeren der kleineren Raubtiere aussetzte.

Die Corinth-Kassette in der Berliner Nationalgalerie. In der die Hauptwerke des Rokoko vereint sind, wird am Freitag, mittags 12 Uhr, durch den Kultusminister eröffnet werden.

Heute Gilbert wird Semmlow, nachmittags 5 Uhr, im Theater am Kurfürstendamm zum ersten Male seit dem Kriege in Deutschland auftreten.

Dr. Bernhard Diebold, Frankfurt a. M., spricht über das Thema „Welpen und Grotten“ in einem Vortrag, den der Bühnenwollband veranstaltet, Donnerstag 8 Uhr, im Ritteraal der Krolloper.

Der Deutsche Boykott-Studienbund legt Sonnabend, nachm. 5 Uhr, im Festsaal des Reichstags, 12. und 13. Tag, die Bücher von Zeitgenossen aus Krieg und Frieden im Licht. Eintritt frei.



## Der „Temp“ und die Faschisten. Seltene Widersprüche.

Erst vor wenigen Tagen hat der „Temp“ mit einer bei diesem keineswegs fortgeschrittenen Blatte ersaunlichen Schärfe gegen die Unterdrückungsmethoden des Faschismus Stellung genommen. Am 19. Januar schrieb das Blatt:

„In einem modernen Land kann man die freie Äußerung des Volkswillens nicht unterdrücken und sogar die starke Faust der faschistischen Diktatur muß bis zu einem gewissen Grade die Grundzüge des Liberalismus berücksichtigen, wenn eine tiefe Erschütterung des nationalen Gewissens vermieden werden soll. Man baut kein dauerhaftes politisches Werk durch den Willen einer einzigen Partei auf, die mag sie noch so mächtig sein, sich nicht an die Stelle der Nation zu setzen vermag.“

Diese sehr richtigen Sätze beziehen sich auf die Unterdrückung der Oppositionsparteien und ihrer Presseorgane durch Mussolini. Genau acht Tage später, am 26. Januar, schreibt derselbe „Temp“ an der gleichen Stelle wieder über den Faschismus. Diesmal gilt es aber der süditalienischen Frage und der durch sie hervorgerufenen deutsch-italienischen Spannung. Da gilt all das, was der „Temp“ zugunsten der italienischen Opposition geschrieben hat, auf einmal nicht mehr, wo es auf die deutsche Minderheit Anwendung finden sollte und müßte.

Da wird der Proteststurm in der deutschen Presse gegen die maßlose Verschärfung der Unterdrückung des Südtiroler Deutschums fälschlicherweise als eine nationalitäts-irredentistische Angelegenheit hingestellt, obwohl der „Temp“ wissen müßte, daß auch ja gerade die friedensfreundlichen, demokratischen Kreise in Deutschland den Kampf gegen die Verfolgung des Südtiroler Deutschums aufnehmen, nachdem sie fast sieben Jahre lang freundschaftliche Beziehungen zu Italien unter Zurückstellung dieser Spezialfrage angestrebt hatten.

Wohl macht der „Temp“ einige Vorbehalte über die Zweckmäßigkeit des faschistischen Vorgehens, aber im Prinzip stimmt er dem Bestreben Roms zu, „einem italienischen Lande seinen wirklichen Charakter (?) zurückzugeben und jede Spur von Fremdherrschaft (!) zu tilgen“. Dann werden jene Maßnahmen in einem ganz harmlosen Lichte dargestellt: Erzwingung des italienischen Unterrichts in den Schulen, Anordnung, daß die Familiennamen italienischer Herkunft (?) entdeutscht werden, Wiederherstellung der früher italienischen Ortsnamen (?). Mit dieser oberflächlichen und irreführenden Darstellung sind aber die Unterdrückungsmaßnahmen noch lange nicht erschöpft. Der „Temp“ müßte wissen, daß auch der deutsche Privatunterricht mit den schwersten Strafen verfolgt wird, daß die gesamte deutschsprachige Presse unterdrückt wurde, daß eine planmäßige und bei aller schuldlosen Kleinlichkeit groß angelegte Ausrottung des Deutschums Südtirols im Gange ist. Darüber aber schweigt sich das Pariser Blatt aus.

Es versucht vielmehr, bei dieser Gelegenheit außenpolitische Geschäfte mit Italien zu machen und malt das Gespenst des Anschlusses an die Band. Es erinnert auch an die Unterdrückung der Elsaß-Lotharinger und der Polen unter dem kaiserlichen Regime. Abgesehen davon, daß dieser Vergleich schon deshalb hinkt, weil selbst die preußischen Untertan bei weitem nicht so weit zu gehen wagten, wie heute die Faschisten, so erweist der „Temp“ Mussolini keinen guten Dienst, wenn er solche Vorbilder zu seiner Rechtfertigung anführt.

In Wirklichkeit ist die Verfolgung Südtirols nur eine logische Fortsetzung der faschistischen Diktatur, die im Innern erzwungen, nach außen imperialistisch ist. Gegen diese Diktatur, gleichviel wo und gegen wen sie sich äußert, nimmt vor allem die Sozialdemokratie in Deutschland entschiedene Stellung. Es geht aber nicht an, nach der Methode des „Temp“, die Faschisten an die „Grundzüge des Liberalismus“ gegenüber der Opposition zu erinnern, ihnen aber gegenüber den nationalen Minderheiten freie Hand zu geben.

### Mussolinis „Gazette des Ardennes“.

Wien, 27. Januar. (E.P.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Innsbruck: Am 15. Februar wird die vor 58 Jahren gegründete „Meraner Zeitung“ ihr Erscheinen einstellen. An ihrer Stelle wird ein faschistisches Blatt in deutscher Sprache „Die Alpenzeitung“ zum ersten Male ausgegeben werden. Die „Meraner Zeitung“ hat ihre sämtlichen Betriebsräume und ihre Druckerei der neuen Zeitung überlassen müssen. Der Eigentümer Ellenreich wurde zur Ueberlassung seiner Druckerei dadurch gezwungen, daß ihm angedroht wurde, die „Meraner Zeitung“ werde beschlagnahmt oder gänzlich verboten werden, wenn er nicht den Druckauftrag übernehme. Der leitende Direktor der neuen „Alpenzeitung“ ist der Faschist Mari Leonardi. Die neue Zeitung wird von der faschistischen Regierung erheblich subventioniert. Sie wird in deutscher Sprache ausgegeben, hat aber zur Aufgabe, den über Südtirol im Zustande verbreiteten ungünstigen Nachrichten durch eine „wahrheitsgetreue Berichterstattung“ deutscher Minderheiten entgegenzutreten. Sämtliche Karabinierposten in Südtirol wurden angewiesen, der Zeitung als Berichterstatter (!) zu dienen. Sie wurden auch beauftragt, auf die Gemeindevorsteher einen Druck auszuüben, damit sie für die „Alpenzeitung“ Abnehmer gewinnen. Das alpenländische Syndikat richtete an alle Zeitungskorrespondenzen die dringende Aufforderung, jede Berichterstattung für die neue faschistische „Alpenzeitung“ zu unterlassen.

Dieses Vorgehen der Faschisten erinnert an die Gründung der verächtlichen „Gazette des Ardennes“ in Charleville durch die deutsche Oberste Heeresleitung während des Krieges, sowie an das Düsseldorfser „Nachrichtenblatt“ des Generals Degoutte während der Ruhrbesetzung. Damit dokumentiert die italienische Regierung lediglich, daß sie Südtirol als „besetztes Gebiet“ betrachtet.

### Die schwarze Liste der Freiheitskämpfer.

Rom, 27. Januar. (E.P.) Der „Popolo di Roma“ und andere faschistische Blätter nennen bereits mehrere hervorragende Italiener im Auslande, die von den Strafbestimmungen des soeben genehmigten Gesetzes gegen Italiener im Auslande betroffen werden, die sich gegen das faschistische Regime betätigten. Es werden genannt: der frühere Ministerpräsident Ritti, der frühere Direktor des katholischen „Popolo“ Donati sowie dessen Londoner Korrespondent Crespi, der frühere Abg. de Ambris, die früheren Redakteure des „Avanti“, Renni und Campolonghi, ferner Ricciotti Garibaldi, der Reife des Freiheitskämpfers, und der frühere Abg. Francesco.

**Beilegung Merclers auf Staatskosten.** Die belgische Kammer hat nach einer vorausgegangenen Debatte und einer Intervention des Außenministers Banderbode die Kredit zur Beilegung des Kardinals Mercler auf Staatskosten mit 96 gegen 2 Stimmen bewilligt. Der Beschluß der Kammer wurde auch vom Senat mit dem gleichen Abstimmungsresultat angenommen.

Der ungarische Abgeordnete Peidl, einer der Führer der sozialdemokratischen Fraktion in Budapest, ist von zwei Sitzungen ausgeschlossen worden. Er hatte in einem Zwischenruf Bethlen als „unverschämter Verleumder“ bezeichnet.

## Hohenzollerntheater.

Den abgelehnten Fürsten geht es beifolglich gottschämlich schlecht. Den Unglücklichen fehlen einige Hundert Millionen an der Seligkeit. Um ihrer Kümmernisse Herr zu werden, spielen sie zurzeit Theater. Vor uns liegt das Programm des zweiten Gesellschafts-abends, den der „Nationalverband deutscher Offiziere“ im Zoo veranstaltet hat: „Lebende Bilder“. Das theatralische Zeremoniell steht unter der genialen Regie „S. K. H. des Prinzen August von Preußen“. Natürlich sind Wilhelms Vorfahren ins Rampenlicht gerückt. Je vermittelter die Materie, desto aktueller der Stoff. Es ist eine stattliche Revue blaublütiger Darsteller. . . . Da ist die Prinzessin Luise von Preußen, natürlich königliche Hoheit, da ist der Herr Alexander Ferdinand und der Mann mit dem Namen Sigismund, alles entblätterte Sprossen aus dem hungernden Hohenzollernhause. Ferner wimmelt es von: Zigeunigen, Knefedebs, Borchs, Grafen, Gräfinnen, Freifrauen, Hofdamen; Unter rund 50 adligen Visitenkarten — zwöschig Bürgerliche! . . . Die ganze Raubrittergarnitur scheint außerstanden. Aber da ist ein Gedanke: Wenn diese monarchistischen Rimen ein Hohenzollerntheater etablieren würden? . . . Bei soviel glanzvollen Junter- und Hofschranzennamen?! Das zieht. Da könnten sie im Lande umherziehen und bei den Bedientenleuten um Gaben bitten. Die Abfindungsfrage wäre gelöst — und die hochherrschastliche Sippe brauchte nicht stempeln zu gehen.

### Das Explosionsunglück in der Kirchstraße. Ein zweiter Lokaltermin.

Der Lokaltermin, der am Montag dieser Woche auf Veranlassung des Staatsanwaltschaftsrats Rütman in Anwesenheit des Prof. Hoffmann von der Technischen Hochschule, gerichtlicher Sachverständigen für Gas- und Installationswesen und Vertreter der Gaswerke und Kriminalpolizei stattgefunden hat, hat noch keine Klarheit über die wirklichen Ursachen der gewaltigen Explosionskatastrophe in der Kirchstraße gebracht. Am diese festzustellen, wird ein zweiter Lokaltermin anberaumt werden müssen. Vorher werden aber die Aufräumungsarbeiten des Kellergefaches, die immer noch im Gange sind, und auch am heutigen Tage noch nicht beendet sein werden, zum Abschluß kommen. Die Schuttmassen werden auf das Genaueste untersucht werden, und den Aufräumungsarbeiten wohnen ständig Vertreter der Gaswerke bei, um die Ursachen des Unglücks zu erforschen. Wir wir hören, ist ferner eine Autorität an der Technischen Hochschule mit der Abfassung eines Gutachtens auf Grund der bisherigen Feststellungen beauftragt worden.

### Die Chreizege und der Feuerwehrmann.

In der Volksbühne während der Vorstellung: „Barum meint Judenas?“ Judenas ist eben aus den Toren ausgewandert. Er ist mit Gott beschäftigt. Totenstille. Irgendwoher ein Schwarzer. Der Schauspieler George ist gestört in seiner Unterhaltung mit Gott. Ein noch lauterer Schnarchen hinter der Kulisse. Judenas schleicht zum Guckloch und stößt mit seiner Hand hinein. Der Schlag trifft einen Feuerwehrmann. Die Wade ist rot, die Wange fällt vom Kopfe. Das Spiel geht weiter. Das Publikum hat nichts gemerkt. Der Feuerwehrmann läuft zur Dichtung. Wenn Herr George nach der Vorstellung sich in Gegenwart des Personals entschuldigt, wird die Sache erledigt. Herr George ahnt nichts von alledem. Er hat fertig gespielt, ist erschöpft und läuft nach Hause. Heute steht er vor dem Gericht Berlin-Mitte wegen Körperverletzung eines Beamten während des Dienstes und Beleidigung. Herr George ist wie aus allen Himmeln gefallen, steht aber augenblicklich auf festen Füßen vor dem Richter. Er habe dem Feuerwehrmann nur einen Wink geben wollen, daß das verdammte Schnarchen, das ihn schon minutenlang störte, endlich mal aufhöre. Der Feuerwehrmann vermahnt sich gegen die Unterstellung, daß er geschlafen haben könne. Auch der greise Hilfsfeuerwehrmann will nicht eingekerkert sein. Ob nicht Herr George darüber empört gewesen sei, daß am vorhergehenden Tage der Kollege des Feuerwehrmannes einen anderen Schauspieler wegen einer weggerollenen Zigarette zur Rede gestellt hatte? Der Staatsanwalt unterstellt, daß George sich durch ein Geräusch wirklich gestört gefühlt habe, die Absicht einer Beamtenverletzung sei nicht nachzuweisen. Es bleibe nur die Beleidigung. Der Feuerwehrmann nimmt aber die Anregung des Vorstehenden, die Sache durch eine Entschuldigung Georges aus der Welt zu schaffen, nicht an; es ist ja schon ein Jahr leidend vergangen, damals wäre es etwas anderes gewesen. Da ist eben nichts zu machen. Der Staatsanwalt beantragt 30 Mark Geldstrafe. Das Urteil 30 Mark Geldstrafe. Theater im Gerichtssaal.

### 50 Mark Geldstrafe — für den Angegriffenen.

Während des Wahlkampfes zur Berliner Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1925 kam es in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in den Kammerflämen, Teltower Straße, zu einem Tumult, in den ein alarmiertes Polizeikommando eingriff. Die Abgeordneten der volksparteilichen Sprecher hatten lebhafteste Proteste der anwesenden Republikaner zur Folge. Die Versammlungsleitung war so übermäßig aktiv, daß sie sich handgreiflich an den Differenzen beteiligte. Die Polizei griff ziemlich wohllos einige Leute heraus und stillierte sie. Der monarchistische Schläger blieb unbehelligt. Kürzlich hat man einem dieser „Mittelalter“, dem Reichsbannermann Reng, den Prozeß gemacht und ihm, obwohl sich irgendwelche Delikte kaum nachweisen ließen, 50 M. Geldstrafe aufgebürdet. Für den arbeitslosen jungen Menschen ist das eine Summe, die er kaum wird bezahlen können. Aber es ist wohl charakteristisch für diese Justiz, daß sie, die, wie im Berliner Freitortprozeß, zwölffache nationalitätliche Mörder freispricht, die völlige Verleumdung mit 30-M.-Sätzen zu neuen gräßlichen Verfehlungen ermuntert, einen Arbeiter zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, nur weil er so unerschämmt war, sich nicht widerspruchslos beschimpfen zu lassen.

### Die Teuerungszulage für städtische Arbeiter.

Der Stadtverordnetenausschuß für Angelegenheiten der Hilfskräfte und Arbeiter ist bei seinen Beratungen über die Frage der Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage zu folgendem Beschluß gelangt, den er der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme empfiehlt: „Allen Arbeitern der Kammereibetriebe und den Helfern des Magistrats, die schon früher beim Magistrat beschäftigt waren oder, wenn dies nicht der Fall ist, jetzt zwei Monate und länger beschäftigt sind, ist die Teuerungszulage zu gewähren, die den Beamten und Hilfsangestellten der Gruppen I bis 6 schon zuteil geworden ist.“ Der Ausschluß schlägt weiter folgende Entschiedenheit vor: „Im Sinne der Aussprache in dem Ausschuß für Angelegenheiten der Hilfskräfte und Arbeiter wird der Magistrat ersucht, die Institution der Teuerungszulage abzuschaffen und bei der Einstellung von denotigten Arbeitskräften die allgemeinen gesetzlichen bzw. tariflichen Bestimmungen gelten zu lassen.“

### Schutz den Jugendherbergen!

Gegen die Jugendherberge Reihershof bei Henningsdorf wollte das Kreiswohnungsamt Osthavelland mit einer Beschlagnahme der Räume vorgehen, wo der die Behörde berechtigt zu sein meint. Zum Schutz von Jugendherbergen sind Ausnahmen von den Bestimmungen der Wohnungsbeschlagnahme zugelassen, das Kreiswohnungsamt scheint aber für Reihershof diese Ausnahmeregelungen nicht gelten lassen zu wollen. Reihershof besteht seit vielen Jahren, ist durch den Touristenverein „Die Naturfreunde“ aus einem alten Bauernhof zur Jugendherberge umgestaltet worden und wird von

der wandernden Jugend gern und viel benutzt. Warum diese von einer anerkannt guten Touristenorganisation geführte Jugendherberge nicht unter Schutz gestellt sein soll, wird das Kreiswohnungsamt Osthavelland wahrscheinlich selber nicht sagen können.

In einigen Blättern ist erzählt worden, das Kreiswohnungsamt stütze sich auf eine Auskunft, die vom Jugendamt der Stadt Berlin gegeben worden sei und über Reihershof ungünstig gelautet habe. Angehlich hätte das Jugendamt erklärt, Reihershof sei „nicht als Jugendherberge zu betrachten“. Wir erfahren, daß diese Darstellung gänzlich falsch ist. Das Kreiswohnungsamt hat beim Berliner Jugendamt telefonisch angefragt, ob Reihershof eine städtische Jugendherberge sei. Das — und nur das — wurde von einem Angestellten der Wanderausstellungsstelle des Jugendamts verneint, ohne daß er sich nach dem Grund der Frage erkundigte. Diese Auskunft ist die ganze Mitwirkung des Jugendamtes bei der Angelegenheit, und alles übrige fällt dem Kreiswohnungsamt Osthavelland zur Last.

Am übrigen hat aber noch vor Erscheinen jener Zeitungsnachrichten das Berliner Jugendamt nach Eingang einer Beschwerde sich sofort bemüht, vermittelnd einzugreifen und die Beschlagnahme abzuwenden. Die von der „Koten Fahne“ aufgestellte Behauptung, das Jugendamt habe hier „arbeiterfeindliche Arbeit geleistet“, ist Unsinn. Das Berliner Jugendamt hat dem Kreiswohnungsamt die Schutzbestimmungen für Jugendherbergen in Erinnerung gebracht und hervorgehoben, daß der Touristenverein „Die Naturfreunde“ einwandfreie jugendpflegerische Arbeit leistet und von allen hierzu berufenen Amtsstellen gefördert wird. Das Berliner Jugendamt hat gegenüber dem Kreiswohnungsamt schließlich erklärt, daß gegen eine etwa doch erfolgende Beschlagnahme von Reihershof das Jugendamt sich an den Wohlfahrtsminister wenden und für diese Jugendherberge den ihr gebührenden Schutz beanspruchen wird.

### Besteuerung des Autoverkehrs.

Die Städtische Tiefbaudeputation teilt folgendes mit: „Gegen die von der Stadt Berlin geplante Erhebung von Vorausleistungen für die Wegeunterhaltung wird von den Kraftwagenbesitzern angeführt, daß die Abgabe den Kraftwagenverkehr zu sehr belaste und eine beträchtliche Einschränkung desselben zur Folge haben werde. Die Sätze der vorgesehenen Abgabe sind jedoch im Verhältnis zu den Betriebs- und Abschreibungsstellen eines Kraftwagens als niedrig zu bezeichnen. Sie betragen für den gebräuchlichsten Personenkraftwagen mit zehn Steuer PS bei mittlerer Benutzung des Wagens jährlich siebenhundert bis neunhundert Mark einschließlich Entlohnung des Chauffeurs, während die städtische Abgabe für diesen Wagen sich auf einhundertsechszwanzig Mark pro Jahr beläuft. Für einen Lastkraftwagen (fünf Tonnen) betragen die Betriebs- und Amortisationskosten rund zweitausend Mark pro Jahr und die jährliche städtische Abgabe nur dreihundertfünfundsiebzig Mark. Die Wagon der Abgabe haben nur scheinbar höhere Sätze zu entrichten, denn es muß berücksichtigt werden, daß jeder dieser Wagon täglich rund zweihundertvierzig Kilometer in den Straßen Berlins zurücklegt und infolge seines großen Gewichtes und der erheblichen Geschwindigkeit das Straßenpflaster mehr als andere Fahrzeuge beansprucht und stellenweise sogar zerstört. Die genannten Sätze sind natürlich nur zu entrichten, falls das Fahrzeug die in der Abgabemordnung festgesetzte Fahrleistung erreicht oder überschreitet. Bei geringeren Fahrleistungen, als in der Veranlagung zugrunde gelegt sind, verringern sich die Sätze der Abgabemordnung entsprechend. Wird die Fahrleistung nicht erreicht, so wird keine Abgabe erhoben. Zum Schluß wird darauf hingewiesen, daß das Aufkommen aus der Abgabe nach der Berordnung restlos dem Wegebau zuzuführen ist und somit den Kraftwagenbesitzern zugute kommt, deren Betriebs- und Unterhaltungskosten für den Wagon sich entsprechend dem besseren Straßenzustand verringern. Es ist festgestellt, daß die Betriebs- und Unterhaltungskosten des Wagens auf schlechtem unterhaltenen Straßen bis zu fünfzig Prozent steigen. Die Stadt Berlin ist bei der ungünstigen Finanzlage nicht imstande, die immer mehr anwachsenden Kosten für die Wegeunterhaltung aus Mitteln der Allgemeinheit zu decken. Voraussetzungen werden Straßen mit leichter Befestigung, insbesondere Chaussees, für jeglichen Kraftwagenverkehr gesperrt werden müssen, falls nicht unter den Kraftwagenbesitzern die Ansicht durchdringt, daß die Hauptnutznießer unerer Straßen auch einen Teil zu den hohen Straßenunterhaltungskosten beitragen müssen.“

Zu dieser Mitteilung der Tiefbaudeputation ist zu bemerken, daß in der Stadtverordnetenversammlung eine sichere Mehrheit für die Besteuerung des Autoverkehrs vorhanden ist.

### Die Straßenbahn nach Treptow.

Die Stadtverordnetenfraktion der SPD. hat folgende Anfragen an den Magistrat gerichtet: „Die Straßenbahnverhältnisse im 15. Verwaltungsbereich (Treptow) sind völlig unzureichend. Nach Baumgartenweg, Niederhörscheweide, Oberhörscheweide, Köpenick führen die Linien 87 und 187 in Bierstündensperrfahr. (Die Linie 85, neu eingerichtet, führt über Neufölk und kommt für den Verkehr mit dem Zentrum der Stadt nicht in Frage. Einige Linien, z. B. Linie 88, die jetzt schon am Bahnhof Treptow endet, kann sehr gut bis Oberhörscheweide durchgeführt werden. Der Verkehr wird auch dadurch wesentlich erleichtert, daß die Linien 87 und 187 seit einiger Zeit nach 8 Uhr abends ohne Anhänger fahren. Der Andrang der Fahrgäste während dieser Zeit setzt den einzelnen geradezu der Lebensgefahr aus. Wiederholte Vorstellungen und Beschlüsse der Bezirkskörperschaften haben eine Verbesserung nicht herbeiführen können. Wir fragen an:

1. Sind dem Magistrat die schlechten Verkehrsverbindungen nach den einzelnen Ortsteilen des 15. Bezirks bekannt?
2. Ist der Magistrat bereit, auf die Berliner Straßenbahn G. m. b. H. im Sinne der am 8. Januar 1926 von der Bezirksversammlung Treptow gefaßten Beschlüsse, Vermeidung des Straßenbahnverkehrs nach den einzelnen Ortsteilen usw. einzuwirken?

Von der Untergrundbahn erfaßt wurde heute vormittag gegen 12 Uhr der 52 Jahre alte Dreher Johann Pollack aus Bildau, Nalehorsterstraße 13, als er auf dem Bahnhof Rochstraße einen schon in Fahrt befindlichen Untergrundbahnzug besteigen wollte. Pollack geriet zwischen Wand und Untergrundbahn und wurde zerquetscht. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Leiche des Unglücklichen wurde nach dem Leichenschauhaus übergeführt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Von einem Neubau in der Lindenpromenade in Pantow stürzte heute nachmittags gegen 4 1/2 Uhr der 28 Jahre alte Bauarbeiter Karl Sander aus der Leichter Straße 49 aus zwei Etagen Höhe auf die Straße hinab. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde er durch einen Wagon des städtischen Rettungswagens in das Pantower Krankenhaus eingeliefert.

Selbstmord in einer Auskunft. In dem Bureau einer bekannten Berliner Auskunft in der Charottenstraße erschoss sich in den heutigen Mittagsstunden ein Mann in den mittleren Jahren. Die Leiche wurde von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

Berliner Autoren-Abend. Am Mittwoch, den 27. Januar, abends 8 Uhr, Aula Georgenstr. 30,pricht im Rahmen des 8. Berliner Autoren-Abends Professor Hans Reuber „Kenes aus dem alten Berlin“. Der Vortrag wird von einer Lichtbildvorführung begleitet.

Der Hefter des Staates New York hat um seine Entlassung gebeten, nachdem er in neuer Verhaftung 120 Menschen vom Leben zum Tode befördert hat. Für jede Hinrichtung erhielt er 150 Dollar. Da nur etwa sechs Hinrichtungen im Jahre stattfanden, verzichtete er auf den wenig einträglichen Beruf.



# Gewerkschaftsbewegung

## Die Unternehmer gegen das Kind im Mutterleib. Der „untragbare“ Schwangerschutz.

Aus Braunschweig wird uns berichtet:  
Der Deutsche Textilarbeiterverband hat im Laufe des verflohenen Jahres an den Deutschen Reichstag sowie an die Landtage und die Senate der freien Reichsstädte eine Eingabe zwecks besseren Schutzes der schwangeren Frauen in der Textilindustrie gerichtet. Das ungemein lehrreiche, mit viel Sorgfalt zusammengetragene Material zeigte in packenden Bildern, welchen Gefahren die schwangeren Frauen in der Textilindustrie ausgesetzt sind.

Der Landtag für den Freistaat Sachsen hat sich mit der Petition beschäftigt und beschloß, das Material zur Berücksichtigung dem Reichstag zu übermitteln.

Im Freistaat Braunschweig ist man weiter gegangen. In der Sitzung des Braunschweigischen Landtags vom 21. Januar 1926 stand die Petition des Deutschen Textilarbeiterverbandes zur Erörterung. Die Berichterstatterin, Frau Rathies (Drais.) hob hervor, daß im Lande Braunschweig 1925 Frauen in Spinnereien (Textilindustrie) arbeiten, worunter sich im Jahre 1924 160 schwangere Frauen befanden. Die Unternehmer erklärten, daß sie die neuen Lasten, die ihnen durch die Eingabe des Textilarbeiterverbandes erwachsen, nicht tragen könnten. Die Einrichtung von Kantinen und die Anstellung von Fabrikärzten wird ebenfalls von den Unternehmern abgelehnt. Der Landtag nahm gegen die Stimmen der Deutschnationalen folgenden Antrag an. Der Landtag wolle beschließen:

1. Das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden daß

- a) die Erwerbsarbeit der schwangeren Frauen für die letzten vier Wochen verboten wird,
- b) die Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheit im Sinne der A.D. durch die Krankenkassen anerkannt werden.

2. Versuchsweise ab 1. April 1926 erstmalig eine Wöchnerinnenfürsorge für die Arbeiterinnen in den Spinnereien (Textilindustrie) nach Fühlungnahme und Beteiligung mit den Betriebsfürsorgeverbänden einzuführen, die dahin zielt, den Schwangeren vier Wochen vor der Entbindung, wo sie im Interesse der Gesundheit von Mutter und Kind nicht arbeiten sollen, den Lohnausfall zu decken und einen Betrag bis zu 15 000 M. in den Entwurf des Staatshaushaltsplans einzustellen.

Die Textilarbeiterinnen Braunschweigs haben dadurch einen Sieg errungen, der von hohem kulturellem Wert ist. Interessant ist die Stellungnahme der Unternehmer im Freistaat Braunschweig, die sich mit Zähnen und Nägeln gegen jeden sozialen Fortschritt wehren.

Mögen die Arbeiter und Arbeiterinnen, vor allem in der Textilindustrie, daraus erkennen, welchen Wert die Organisation hat. Pflicht der Arbeiterinnen muß es sein, dafür zu sorgen, daß dieses wichtige Argument von hoher sozialer Bedeutung in den weitesten Kreisen der Textilarbeiterinnen bekannt wird. Dem Textilarbeiterverband ist es zu danken, daß ab 1. April 1926 in Braunschweig den Wöchnerinnen der Textilindustrie eine Zuwendung von rund 100 M. gewährt wird. Hoffen wir, daß die übrigen Landtage und das Reich dem Beispiel des Freistaates Braunschweig nachkommen.

## Erster Konflikt in der Herrenmaßbranche. Die Unternehmer wollen die Löhne abbauen.

Eine überfüllte Versammlung der im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Herrenmaßschneider nahm am Dienstag in den Arminhollen Stellung zu der Kündigung des Reichstarifs durch die Unternehmer. Der Branchenleiter Faustmann ging nach einer Schilderung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage auf das rückstandslos Vorgehen der Unternehmer ein.

Am 9. Januar erhielt die Zentralkommission des Bekleidungsarbeiterverbandes vom Arbeitgeberverband der Bekleidungsindustrie ein Schreiben, in dem die Unternehmer Verhandlungen beantragten zur Neuregelung der Städtegruppierung. Des weiteren schlugen sie vor, eine gemeinsame Lebensmittelpreisobergrenze vorzunehmen, um für die Verhandlungen geeignete Unterlagen in Händen zu haben. Zum Schluß bringen sie in dem Schreiben zum Ausdruck, daß es notwendig sei, eine Restbefreiung der Reichslohnklassen vorzunehmen. Die Zentralkommission antwortete auf dieses Schreiben, daß sie zu diesen Dingen nicht eher Stellung nehmen könnte, bis die Unternehmer ihre angekündigten Vorschläge und Anträge übermittleit hätten. Eine Antwort ging auf dieses Schreiben nicht ein, es erfolgte vielmehr am 20. Januar kurzerhand die Kündigung des Reichstarifs zum 13. Februar. Des weiteren überreichten sie ihre Anträge, die u. a. dahin gehen, den Lohn der Herrenmaßschneider um 10 Proz., den der Damenmaßschneider um 15 Proz., und den Heimarbeiterzuschlag um weitere 5 Proz. zu kürzen. Sie verlangen ferner eine Neuregelung der Städtegruppierung, Änderung der Reichslohnklassen sowie Verschlechterung der Kantentarifbestimmungen. Der Redner wies darauf hin, daß leider viele Berufskollegen mit zu dieser Herausforderung durch die Unternehmer dadurch beigetragen haben, daß sie nicht überall auf die tarifliche Bezahlung bestanden haben. Dieses rückstandslos Vorgehen der Unternehmer läuft darauf hinaus, die rückständigen Betriebe, von denen die Industrie bereinigt werden müßte, durch Lohnabbau und Beseitigung der sozialen Positionen des Tarifvertrages weiter vegetieren zu lassen. Die Maßschneider können sich mit der Unternehmerpolitik nicht einverstanden erklären und müssen dem Vorgehen der Unternehmer den schärfsten Widerstand entgegenstellen. Es gilt aber auch, die der Organisation noch Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen, um den Anschlag der Unternehmer abwehren zu können.

Diese Ausführungen wurden noch ergänzt durch den Vertreter des Bekleidungsarbeiterverbandes Lehmann. Nach einer ausgedehnten Diskussion, die leider nicht immer zur Tagesordnung gehörte, wurde eine Entschließung angenommen, in der sich die Versammlung scharf gegen das Vorgehen der Unternehmer wendet und von der Zentralkommission erwartet, daß sie keinerlei Abbau zuläßt, sondern im Gegenteil bestrebt sein muß, die jetzigen Löhne den ver-

änderten Lebensbedürfnissen anzupassen. Die Versammlung brachte dann die Vorschläge ein zur Neuwahl der Branchenleitung und der Delegierten zur Generalversammlung am 9. Februar.

## Der Ruf nach der Gefindeordnung.

Die landwirtschaftlichen Unternehmer erheben seit einiger Zeit die Forderung, wieder mit gesetzlichen Maßnahmen gegen jene Landarbeiter vorzugehen, die das Vertragsverhältnis ohne vorherige Kündigung aufgeben. Der Deutsche Landarbeiterverband hat diese Forderungen dahin gekennzeichnet, daß man aus ihnen den Wunsch herauslese, wieder zur Gefindeordnung zurückzugelangen.

Daß der Deutsche Landarbeiterverband mit seiner Auffassung in vollem Recht ist, wird jetzt durch einen Antrag bewiesen, der auf der kürzlich stattgefundenen Hauptversammlung der landwirtschaftlichen Vereine in Breslau einstimmig zur Annahme gelangte. Der Antrag hat nach einem Bericht der Zeitung des Östlicher Landbundes vom 31. Dezember 1925 folgenden Wortlaut:

### Antrag auf Wiedereinführung der Gefindeordnung.

Es soll versucht werden, wieder ein festes Vertragsverhältnis zu schaffen, da die jetzigen Zustände unhaltbar sind.

Es wird nicht an Versuchen fehlen, diesen zum Beschluß erhobenen Antrag als harmlos und ungefährlich hinzustellen. Wir sind sogar davon überzeugt, daß man uns in Unterhaltungen über ihn erklären wird, er sei in dieser aggressiven Form keineswegs zu billigen. Dazu kann schon jetzt gesagt werden, daß dies weiter nichts als Ablenkungsmanöver sind. Soweit wir die Einstellung vieler landwirtschaftlicher Unternehmer kennen, möchten sie lieber heute als morgen wieder eine Gefindeordnung sehen und die Möglichkeit haben, sich als Gewalt- und Herrenmenschen auszuführen zu dürfen. Diese Kreise können und wollen sich nicht daran gewöhnen, daß wir heute in einem republikanischen und demokratischen Staate leben. Sie werden sich daran gewöhnen müssen.

### Eine Lehrstelle, wie sie nicht sein soll.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Ganz besondere Auffassungen über die Stellung des Arbeitnehmers scheinen auch heute bei der Firma Karl Deike, Inh. Dr. Waldemar Sachs, zu herrschen. Uns wird bekannt, daß bei dieser Firma fast regelmäßig bis 10 oder 11 Uhr des Abends gearbeitet wird. Es soll sogar vorgekommen sein, daß eine junge Angestellte und ein gleichfalls noch jugendlicher Angestellter des Nachts nicht in der Lage waren, das Haus zu verlassen, da der Portier sich weigerte, die Leute zu so später Stunde aus dem Gebäude hinauszulassen. Der Fall endete damit, daß die beiden jungen Menschen mit vereinten Kräften eine Leiter an die Hofmauer stellten, um sich unter gegenseitiger Hilfeleistung auf den benachbarten Kirchhof zu retten.

Ueber die Erziehungsaufgaben des Unternehmers gegenüber seinen Lehrlingen scheint Herr Dr. Waldemar Sachs, dem wahrscheinlich der Leutnant a. D. besser liegt als der Dr. jur., ganz besondere Anschauungen zu haben. Die Lehrlinge sind von Herrn Sachs verpflichtet worden, morgens spätestens 15 Minuten vor Dienstantritt im Hause zu sein. Als nun einer der „Herren Stütze“ unanständig 10 Minuten zu spät zum Dienst erschien und dadurch wahrscheinlich auch das Bestehen der ganzen Firma gefährdete, bestrafte Herr Dr. Waldemar Sachs, Leutnant a. D., den Lehrling dadurch, daß er (nicht der Dr., sondern der Stütze) 8 Wochen jeden Morgen Punkt 7 Uhr im Pferdestall des Unternehmens anzutreten hatte.

Vielleicht beschäftigt sich einmal die Gewerbeaufsicht mit diesem Dr. der „Recht“, der wahrscheinlich niemals Arbeitserleichterung hat gemacht, daß Lehrlinge junge Menschen sind, deren Ausbildung der Arbeitgeber sich angelegen sein lassen sollte und daß die Zeiten des alleinlebenschwärmenden Militarismus zu lange hinter uns liegen, um sie gar heute noch auf den Privatdienstvertrag anwenden zu dürfen.

### Ein Ehrmann, der sein Wort nicht hält.

Wie wir seinerzeit berichteten, sind die Differenzen in der Industrie-Gesellschaft für bedruckte Gewebe (Abg.) m. b. H., Inhaber Ehrmann, Frankfurt a. M. 40, dahin beigelegt worden, daß Herr Ehrmann sich verpflichtete, die ausgesperrten Drucker wieder einzustellen und die alten Löhne zu zahlen. Dieses Abkommen ist von Herrn Ehrmann gebrochen worden. Er will den Druckern einen Lohnabbau von 27 bis 30 Proz. aufzwingen. Die Drucker haben daraufhin die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist deshalb zu meiden.

### Die Unternehmer gegen das Internationale Arbeitsamt.

Genf, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Unternehmergruppe des Internationalen Arbeitsamtes beabsichtigt, ein Gutachten des Haager Gerichtshofes darüber zu verlangen, ob die internationale Arbeitsorganisation die Arbeitszeit regeln kann. Diese Frage betrifft das Abkommen über das Nachtarbeitsverbot in den Bäckereien. (Diese Frage der Unternehmer ist geradezu lächerlich, insbesondere sechs Jahre nach Annahme des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Richtiger wäre gleich die Frage, ob das Arbeitsamt überhaupt das Existenzrecht hat.)

### Die Arbeitslosigkeit in Köln.

Köln, 17. Januar. (Rth.) Nach Mitteilung des öffentlichen Arbeitsnachweises hat die Zahl der Arbeitslosen in der Berichtswochen vom 13. bis 19. Januar wieder erheblich zugenommen. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist von 39 838 auf 42 908 und die Zahl der Unterfühten von 22 696 auf 24 642 angewachsen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin, Bezirk 8 — Kreuzberg, Freitag, abends 7 Uhr, bei Reim, Urbanstraße 29, Bezirksversammlung.

### Graphisches Gewerbe.

Der „Kämpfer“ Nr. 1 des neuen Jahrganges ist erschienen und ab heute bei Penning, Alexanderstr. 44, abholen. Wir bitten unsere Qualitätskreise, in allen Betrieben für Verbreitung unbedingt Sorge zu tragen. Der Verbandsrat.

# Wirtschaft

## Für die Belebung der Bautätigkeit.

### Eine Rundgebung der Gemeinnützigen Bauvereine.

Der Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften, die Zentralorganisation der gemeinnützigen Bauvereinigungen Deutschlands, hat am 25. Januar eine Tagung in Berlin veranstaltet — gerade zur rechten Zeit, um die Wünsche der wirklich gemeinnützigen Gesellschaften (Genossenschaften) den maßgebenden Instanzen zu Gehör zu bringen.

Aus den einleitenden Referaten der Herren Prof. Siebert-Zeig und Justizrat Linke-Berlin und ferner aus einer von der Versammlung einmütig angenommenen Entschließung sind folgende Punkte als die wichtigsten Wünsche der Baugenossenschaften herausgehoben:

Das Fortbestehen der Wohnungsnot ist nicht zum mindesten durch das Fehlen eines einheitlichen großzügigen Wohnungsbauprogramms verschuldet, das auf Grund der Zuständigkeiten, die dem Reich bei der Auseinandersetzung mit den Ländern noch verblieben sind, bald geschaffen und unter Einwirkung auf die Länder in die Tat umgesetzt werden sollte. Die Beschaffung von Geldern für den Wohnungsbau sollte so erfolgen, daß mindestens die reichsgeheißig zugelassenen (aber nicht vorgeschriebenen!) 20 Proz. der sog. Geldwertungssteuern (Hauszinssteuer) dem Baumarke zufließen, — ohne solche Maßnahmen fehlt dieser durchaus unsozialen Steuer, die sonst volkswirtschaftlich und steuermoralisch unerträglich wäre, jede Berechtigung. Neben der Hauszinssteuer sollte die Beschaffung von Auslandskapitalien für den Wohnungsbau zugelassen werden. Es ist dafür Sorge getragen, daß die Mieten in den Neubauten für Mittelstand und Rinderbedürftige noch erträglich sind, und ferner dafür, daß nur solche Bauten begonnen werden, deren Finanzierung sichergestellt ist.

Soweit die Wünsche und Forderungen der Baugenossenschaften, denen man sich, soweit es eben die Gesamtlage und die Mittel erlauben, an Regierungsstelle kaum widersehen wird. Wenigstens liegen die überaus verhältnismäßig gehaltenen Ausführungen des Herrn Ministerialdirektors Conrhe (Wohlfahrtsministerium) und eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums bereits diesen Schluß zu. Woher aber ein Zustrom an Geldmitteln kommen kann, das ging aus der Rede des Landtagsabgeordneten Genossen Reyer-Sollingen hervor, der auf die Fürstenabfindung, das 700-Millionen-Geschenk an die Ruhrindustrie und auf den übertriebenen hohen Marine- und Heeresetat hinwies: hier sind reichlich Gelder vorhanden, die beim Wohnungsbau außerordentlich dringend gebraucht werden!

Als bemerkenswert verdient hervorgehoben zu werden, daß Ministerialdirektor Conrhe gegen gewisse Stimmen aus industriellen Kreisen, die — dem Reichsverband der deutschen Industrie nahestehend — den Wohnungsbau als eine „spätere Sorge“ und gar nicht so dringende Angelegenheit zurückziehen wollen, ganz energisch Front machte. Conrhe sieht die allmähliche Ueberwindung der Wohnungsnot nur auf dem Wege gegeben, daß man, soweit es eben die soziale Not erlaubt, allmählich die Mieten bis auf 100 Proz. (gegen jetzt 84 Proz. in Preußen) steigert — und eventuell darüber bis zum „wirtschaftlich Berechtigten“. Er glaubt ferner, daß man den Widerstand des Reichsfinanzministeriums gegen die Hereinnahme von Auslandskrediten als erstellige Hypotheken bekämpfen müsse.

Die Ausichten für den Wohnungsbau im laufenden Jahr beurteilt das Wohlfahrtsministerium auf Grund folgender Zahlen als nicht ungünstig:

Wohnungsbauten im Jahr . . . . .	Zahl der fertiggestellten Wohnungen
1920/21 . . . . .	rund 60 000
1921/22 . . . . .	74 000
1922/23 . . . . .	77 000
1923/24 . . . . .	55 000
1924/25 . . . . .	92 000

Davon 58 000 aus Mitteln der Hauszinssteuer, 13 000 aus sonstigen öffentlichen Mitteln und 21 000 lediglich aus privaten Mitteln. Zum 1. Oktober 1925 war die sehr betrübliche Zahl von 80 000 Wohnungen in Bau befindlich. Es fehlt also nicht an Arbeit im Bauhandwerk — und das Wohlfahrtsministerium glaubt zulassen zu können, daß es auch an Geld zur Fertigstellung dieser Bauten nicht fehlen werde. „Bauruinen“ lasse man nicht entstehen!

Aus der Versammlung heraus wurde diesen Ausführungen mehrfach als allzu optimistisch widersprochen. Insbesondere wies man darauf hin, daß die Bautätigkeit im letzten Jahr noch durch die Aufzehrung alter Reserven und die Anspannung der letzten Mittel finanziert wurden, daß aber damit die Leistungsfähigkeit vieler Kreise zu Ende sei. Deshalb sei auch zu fürchten, daß in größerem Umfang, als bisher schon geschehen, Wohnungsbauten halbfertig liegen bleiben würden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Fritz Gahrman; Gewerkschaftsbewegung: Felix Kersch; Familien: Dr. John Schilke; Soziale und Konflikte: Felix Kersch; Auswärtige: Th. Glöck; Schriftlich in Berlin: Berlin: Hermann Berlin, O. M. B. Berlin, Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1.

## AUTO-FAHRSCHULE

### KRAFTVERKEHR MARKEN

Kolonnenstrasse 32 Berlin-Schöneberg Telefon: Stephan 987-988  
Ab 1. Januar Eintritt (Egloch)

## 6 Tage Rennen

können Sie vergeblich, um eine gute und preiswerte Uhr zu kaufen.

### Kommen Sie zu mir ich liefere Ihnen

Silb. Tula-Armbanduhren Mk. 10.75  
14 kar. gold. Damen-Arm-  
banduhren Mk. 35—100  
Herr.-Ank.-Taschenuhren Mk. 18.—

**Herm. Wiese** Artilierstr. 30  
Nähe Oranienburg-Tor  
Niesenauswahl — Schriftliche Garantie

## Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen.  
Eigene Fabrikate in gediegenen  
Ausführungen kaufen Sie in  
großer Auswahl und billig bei

**Wilhelm Schulze**  
Königsplatz 12, Hof part.  
Nähe Hackescher Markt  
Zahlungszieländerung  
Telephon: Alexander 4112

*Fritz Prömmel*  
Kaufmann, Prömmelstraße 53  
die billige Bezugsquelle für  
Lohn- und  
Möbelfabrikanten  
Prömmelstraße 53

## Berliner Elektriker- Genossenschaft

angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe  
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 6526, 6526  
Filiale Westen, Wilmersdorf  
Landauerstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9831

Herstellung elektr. Licht-,  
Kraft- und Signalanlagen. Ver-  
kauf aller elektr. Bedarfsartikel

Ausführg. sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

## Ischias

Spezial-  
mittel  
für  
Ischias

## Putzwolle, Putzlappen, Schleifertuche

haben abzugeben  
Gehr. Holzinger,  
Tel. Neukölln 6545-47

## Gardinen

Sonderangebote  
Gelegentl. - Rhofo  
in Resten  
Stores, Stoffdecken  
Madras- und  
Kunstgardinen.  
Preis-Courantvertrieb:  
Hankölle, Bergstr. 67  
am Ringbahnhof.

## Auf Teilzahlung

Herren-  
s-Damen  
**Garderobe**  
**Möbel aller Art**  
Dellwäcke, Gardinen, Teppiche,  
Korbmöbel, Metallbetten.  
Geringe Wochen- od. Monatsraten

**Antel, Gr. Frankfurter Str. 34**  
Strausberger Platz  
Gegründet 1901

## Über Nadel

wird (ung und art.  
ab klein oder groß,  
son der so lästigen  
Läuseplage  
beseitigt nach Gebrauch mirs schnell  
und sicher wirksamen Mittel-Mittel

**„Ja-So“ Läusetod**  
gegen Kopf-, Körper- und Nagelläuse.  
Flasche 60 Pfennige. Nur allein erhältlich bei  
Arthur Mothes, Berlin S. 21, Luisen-  
str. 41, Bush 2171

## Nagelpflege-Garnituren

**Kopp & Joseph**  
BERLIN W  
In vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122.